

Geheim täglich
Abendblatt mit Anzeigen des
Sonntags und Feiertags.

Abonnementpreis
monatlich 50 P., 1/2 Jährl. 1.50 P.
Halbjährl. 1.00 P. Post- und
Brettl. 1.00 P.

„Die Neue Welt“
(Wochenblatt), durch
den Post nicht bezogen. Preis
monatlich 10 P., 1/2 Jährl. 30 P.

Volksblatt

Offizielles sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld und die Mansfelder Kreise.

Redaktion und Expedition: Gr. Ulrichstraße 16, Eingang Sölbergasse.

Telegraphen-Adresse: Volksblatt Halle/Saale.

Motto: Für Wahrheit und Recht.

№. 242

Mittwoch den 17. Oktober 1894.

5. Jahrg.

Arbeiter! Parteigenossen! Trinkt kein Dessauer Waldschlößchen-Bier. Weidert alles Berliner Bier.

Die Versicherung gegen Arbeitslosigkeit

ist ein Problem, an dem schon viel herumgedröhrt, das zu lösen aber der heutigen herrschenden Gesellschaft bis jetzt noch nicht gelungen ist. Alle dazu von dieser Seite vorgeschlagenen Mittel sind Unachtsamkeiten, waren nicht im Stande, Hilfe zu bringen. Nach wie vor übt die Arbeitslosigkeit ihre schrecklichen Wirkungen.

Die von ihr Betroffenen verfallen, je nach der Dauer ihrer Arbeitslosigkeit und wirtschaftlichen Lage, mehr oder weniger in Elend. Nicht selten wird der Arbeitslose dadurch auf die Bahn des Lasters, der Verbrechen gebrängt, so daß er die Bilanz seines Lebens im Gefängnis oder Zuchthaus abschließt. Fürwahr ein trauriges Resultat eines Arbeiterlebens, an dem noch dazu der Betroffene selbst schuldlos ist. Verantwortlich dafür ist nur die heutige Ordnung der Dinge und ihre Vertreter resp. Befürworter zu machen. Denn was kann der fast allen Einflusses auf die Gestaltung der Gesellschaftsordnung herabsteigende Arbeiter, wenn er durch Beschäftigungslosigkeit in Not und Elend gerät und am Ende, um seinen Hunger zu stillen, sich gegen die geistliche göttliche Weltordnung verkehrt? Der Trieb zur Erhaltung des Lebens ist stärker als alle menschlichen Verordnungen. Würde eine Staatstift darüber aufgestellt, wer alles durch Arbeitslosigkeit zu Grunde geht, ein grauenhaftes, aber wahres Bild von den heutigen Einrichtungen käme zum Vorschein. Das ist es auch, warum die herrschenden Kreise nichts davon wissen wollen, sich mit Händen und Füßen dagegen sträuben, an manchen Stellen sogar die Erhebungen der Arbeiter darüber verhindern. Nur das Elend nicht zeigen, das die heutige Wirtschaftsweise erzeugt, denn das könnte den beherrschenden Besitzern in seiner Mitleid, dem reichen Mann den Gehirnsack an seinen futuristischen Genüssen verblühen.

Seheob das Gehirnsack des Hungers greift immer mehr um sich, von Tag zu Tag nimmt die Arbeitslosigkeit zu, stellt den Bestand der Gesellschaftsordnung in Frage. Um sie vor dem Zusammenbruch zu retten, ist man genötigt, kein Augenmerk darauf zu lenken. Die „Nordd. Allg. Zig.“ brachte dieser Tage einen Artikel über die Gewerbetreue, worin sie die Versicherung gegen Arbeitslosigkeit als eines der dringlichsten sozialökonomischen Probleme erklärt. Es ist daher wohl zu erwarten, daß man sich in den Kreisen der Regierung mit der Materie baldigst näher zu befassen gedenkt. Ob mit Erfolg, wird sich zeigen.

Es war bei den Verheerungen, welche die Arbeitslosigkeit unter den Arbeitern anrichtete, kein Wunder, wenn sich die Arbeiter dagegen zu schützen verstanden und teilweise auf den Gedanken kamen, zu diesem Zweck Versicherungskassen zu gründen. Zuerst waren es die englischen Arbeiter, welche auf diese Weise vorgingen, später die deutschen. Unter diesen brachte es das Gewerz der Buchdrucker am weitesten. Seheob gelang es keiner Gewerkschaft bei uns und anderwärts, die Versicherung gegen die Arbeitslosigkeit zu auszu-

bauen, um den Arbeitslosen vollständig vor Nahrungsmangel zu schützen. Momentan sind alle Einrichtungen dahin gekommen, daß es bei dem Stande der Dinge, bei der immer mehr umschreitenden Arbeitslosigkeit den Arbeitern allein unmöglich ist, etwas Erpressliches in Versicherung gegen Arbeitslosigkeit zu leisten. Das Vorhandene ist im allgemeinen nur Füllwort. Ein winzig kleiner Teil der Arbeiter ist überhaupt nur versichert, und die Unterhaltungen, welche an den einzelnen gezahlt werden, stehen mitunter mit dem Almosengeben auf einer Stufe. Die Anstrengungen der Arbeiter zur Beseitigung der Uebelstände, zur Bänderung der Not der Arbeitslosen sind lobend anzuerkennen, und wenn es ihnen durch Selbsthilfe nicht gelang, wirkliche Abhilfe zu schaffen, so scheitere dies nicht an ihrem guten Willen, sondern an ihren schwachen finanziellen Mitteln. Ein Arbeiter, der vielleicht 1.50 oder 2 M. Tageslohn hat, kann unmöglich davon noch Beiträge zur Versicherung gegen Arbeitslosigkeit zahlen. Ja, wenn die Arbeitgeber höhere Löhne zahlten, wenn sie nach wahrhaft christlichen Grundgrundsätzen handelten, das befohlen, was ihnen der große Nazarener gepredigt in den Worten: Wer zwei Häsche hat, der gebe dem einen, der seinen hat, dann stände die Sache anders. Wie die Dinge aber nun einmal liegen, bleibt momentan nichts anderes übrig, als die Staatshilfe, und diese können die Arbeiter mit vollem Recht verlangen.

Der Staat, als der Inbegriff des gesamten Volkes, hat dafür zu sorgen, daß es allen seinen Gliedern wohlgehe. Je mehr er dies tut, desto besser für ihn. Dies sichert sein Wohlergehen, seinen Bestand. Für letzteres soll und muß jedermann beitragen. Wer aber das Beste hierbei zu leisten hat, ist der Arbeiterstand. Er muß die meisten Steuern tragen (z. B. 70 Proz. der Gesamtsteuern), im Falle eines Krieges bringt er die größten Opfer an Leib und Leben für den Bestand des Reiches. Durch seiner Hände Arbeit schafft er alles Mögliche, was zur Erhaltung anderer Leute, der Gesamtheit notwendig ist. Der Arbeiter baut Paläste und weiß mitunter nicht, wo er sein Haupt hinbeten soll. Er befragt sehr oft den reichen Leuten die feinsten Lederhosen, während der Hunger in seinen Eingeweiden wütet, zur Stillung desselben ihm noch nicht einmal ein Stück Brot zur Verfügung steht. Ohne den Arbeiterhand wäre der Staat undenkbar. In anstandslos der Dienste, welche die Arbeiter dem Ganzen leisten, können sie mithin von Staat undenkbar. In anstandslos der Dienste, welche die Arbeiter dem Ganzen leisten, können sie mithin von Staat undenkbar.

Die Versicherung gegen Arbeitslosigkeit von Reich wegen ist unter den gegebenen Verhältnissen eine Nomenklatur. Die Mittel dazu könnten durch eine progressive Einkommensteuer, die bei einem Einkommen von 3000 M. ihren Anfang nähme, aufgebracht werden. Geld ist ja, wie allgemein zu gegeben wird, genug da. Auch an Nahrungsmitteln fehlt es nicht. Nur braucht einige niemand zu leben, wenn wir nicht so eine verkehrte Wirtschaftsordnung befehlen. Die

Insertionsgebühr beträgt für die gewöhnlichen Zeilen über deren Raum 15 P. für Wohnungs-, Vereins- und Veranlagungsanzeigen 10 P.

Insertate für die fällige Nummer müssen spätestens bis vormittags 10 Uhr in der Expedition aufgegeben sein.

Eingetragen in die Postzeitungsliste unter Nr. 6852.

Sache läßt sich ohne große Schwierigkeiten ins Leben rufen und auch erhalten. Hauptfrage ist, daß man die Kreise damit befaßt, die die Mittel dazu haben und nicht noch dem armen Mann aufbürdet, wie das bis jetzt im allgemeinen bei der Sozialreform der Fall gewesen ist.

Will man aber die Versicherung gegen Arbeitslosigkeit von Staat wegen nicht, so treffe man auf andere Weise Anstalten zur Besserung der Lage der Arbeitslosen. Geht es nicht, so darf es nicht weitergehen. Der jetzige Zustand ist geradezu barbarisch. Wie viele müßten gern arbeiten und können keine Arbeit bekommen, um sich redlich zu nähren. Stehen sollen und dürfen sie nicht. Sie wollen aber auch leben und haben ein Recht dazu, so gut wie jeder andere. Wie sollen es nun diese Leute machen, um nicht mit dem Strafgesetz in Konflikt zu kommen! Wenn unsere Gegner noch einen Funken Logik im Leibe haben, so müssen sie zugeben, daß unter solchen Verhältnissen sich die Gefängnisse und Zuchthäuser füllen müssen und daß es Pflicht der Gesellschaft ist, für die Opfer einzutreten, die aus der heutigen verkehrten Wirtschaftsweise entstehen. O. M.

Bundsjahn.

Ueber einen Kampf zwischen Justiz und Polizei, dessen Ausgang die Bürgerchaft mit Spannung erwartet, schreibt die „Frei. Zig.“, nachdem sie vorausgeschickt, daß sie nicht für jedes kleinste einzelne Partikeln der Angelegen verurteilen einsehen könne, bzw. vielmehr eine authentische Kenntnisnahme des Aktenmaterials erforderlich wäre, folgendes: Seit lange, so wird behauptet, herrscht in Frankfurt a. M. ein verwickeltes Verfechten bei der Vorführung polizeilich Inhaftierter vor dem Richter. Die Verhafteten werden oftmals aus geringfügigen Anlässen, bei denen das Recht der Polizei zur Inhaftnahme mindestens fraglich ist, in den Polizeigewahrsam eingekerkert und dort befestigt, trotz dem ihre Personalien feststehen oder doch sofort festgestellt werden können und kein Grundverbot vorliegt. Es sollen Beispiele solcher Art gerichtsbehaftet geworden sein, in denen die Verhafteten weit über die gesetzlich zulässige Zeit hinaus im Polizeigewahrsam zubringen mußten, bevor sie dem Richter vorgeführt wurden. Man wird sich befähigen erimmen, daß auch von Zeit zu Zeit in den Verhafteten Besondere einzelner verhafteter Personen in der erwähnten Richtung laut wurden; die betreffenden Häftlinge waren ihrer Auslage zufolge ohne zwingenden Grund arretiert worden und hatten 2-3 Tage eingesperrt bleiben müssen, ohne verurteilt zu werden. Abhilfe trat nicht ein, die Dinge gingen weiter ihrer gewohnten Gang. Nunmehr hat sich, wie wir hören, ein Ankläger, der in diesem Sommer von Rhein hierher vertrieben wurde, der Sache angenommen. Er scheint der Ansicht zu sein, daß hier in zahlreichen Fällen das Frankfurter Polizeipräsidium

Ein Held des Geistes und des Schwertes.

Historischer Roman
aus den Zeiten des deutschen Sanktens
von A. Otto-Walfer.

[Nachdruck verboten.]

Hans Lange war schon drei Monate tot, war auf dem St. Martinischhof begraben, als ihn die professionellen Verkünder der christlichen Nächstenliebe, die protestantischen Geistlichen, ankommen ließen und aufs Rad schiefen lassen wollten, was aber physisch nicht mehr möglich war.

Und nicht bloß die thätigen Leute, sondern auch bloße Beobachter wurden heimgeführt, ja selbst die Männer, welche sich begnügten, die Tagesereignisse für die Rachwelt anzugeben. Sein Heinrich Witzelst, der wegen keines angelegten Kalenders sich vor einem hochwohlgeborenen Käte siebenmal auf den Mund der schlagen lassen und abbitten mußte, worauf er trotzdem noch ins Gefängnis geführt wurde, wo er 1608 starb. Diese Leute fürchteten schon die einfache Aufzeichnung ihrer Taten und mußten sie fürchten, denn die Taten schrieben zum Himmel.

So, Freunde, ist es gewesen, so wurde verfahren, so stellt sich das Verbrechen der privilegierten Verbrecher unter den privilegierten Reichsgeschlechtern und den dotierten Pfaffen, die mit ihnen Hand in Hand gehen und besonders dazu geneigt haben, die unmissige Waise, die dem religiösen Aberglauben am meisten zugänglich ist, gegen die freisinnig gesinnten Bürger aufzuheben und sich als Werkzeuge einer höheren Macht hinzustellen.

Seit jenen blutigen Tagen, welche Braunschweig verurteilt gemacht haben weit und breit im Reich, ist kein rechter Frieden und Segen wieder über die Stadt gekommen, Feuersbrünste und Pest und Krieg haben die Verbrecher heimgeführt, aber leider auch viele Unschuldige. Das löse Ge-

wissen trieb sie bei Tage wie bei Nacht, und dem Herzog haben sie in aller Halsstarrigkeit die gebührende Subjugation verweigert, weil seine Durchlaucht gegen die Bluttaten des Kais laut und öffentlich Protest erhoben hat, und sie deshalb in ihrem Schuldgefühl fürchteten, es mögte der Herzog mit den Gemeinden in Güte und Freundschaft zusammenkommen und eines Tages die Schuldigen strafen. Deshalb verweigerten sie die Bevölkerung in neue Feindseligkeiten. Als aber der Herzog die Stadt schwer belagerte und bei Delser die Der so haute, daß man auf den Wällen der Stadt mit Röhren fahren mußte, da waren sie holdselig und freudig gegen die Bürgerchaft, wie sie zuvor, räumten ihr auch freiwillig wieder eine Anzahl Ransche ein, und madten sich selbst öffentlich einander bittere Vorwürfe, so daß der Bürgermeier Doktor Döring vor einem halben Jahre erst dem Sanktens Konrad Röring, dem schleichenden Juds und blutigen Panther im Käte, vorwarf, wie nur allein durch sein Aufheben es dahin gekommen, daß man mit Hennig Brand und den Hauptleuten gegen alle Menschlichkeit so hart umgegangen sei, da man gelinder mit ihnen hätte verfahren sollen, und es so genig möglich gewesen wäre, auf bessere Weise den Zwiespalt beizulegen. So kommen die Gewählten und Verfolgten zu ihrem Recht, wenn sich die bösen Unterdrücker gegen sie in die Haare geraten. Röring aber entsetzte nun auch, daß der Käte wirklich öffentliche Gelder unter sich verteilt, die er zur Ablösung der fremden Kriegswälle erhalten und berechnet hatte.

Das das böses Blut in den Gemeinden, und weil Bürgermeier Döring in Erinnerung an das blutige Ende seines Vorkaisers Tite Döring, der beim Aufstande 1374 hingerichtet worden war, nach Röring geschickte, benannte Röring den alten Bürgermeister Gurd von Walbeck, so daß die aus dem Reichilde des Hagen ihn ergriffen und ohne alles Resultat auf der Tortur quälten, da er nichts gestand und

se ihn wieder gegen Bürgerchaft losgeben mußten. Der Röring haben sie für alle geistlich getan, von der Lanke des Hagen-Kathaus Abbitte thun, worauf man ihn in den Diebstahler festsetzte, allwo er noch immer sitzen soll, wenn man ihn nicht heimlich hat fliehen lassen. Denn wenn auch neue Leute in den Käte gekommen, so ist doch noch heute keine Aufhebung jener früheren Verurteilungen geschehen, und den neuen Gewählten haben sie nicht viel Besseres zutrauen, als den alten. Nun sind wir trotz allen Gegenbemühungen von neuem in Feindseligkeit mit dem Herzog geraten, und in kriegerischen Zeiten wissen die Herren ihre außerordentliche Macht mit Hilfe des fremden Kriegsvolks zum Schaben der Bürger auszunutzen. Darum ergeht an Euch alle der Ruf, der im alten Konn an schimmen Taten der Gefähr erging: Videant Consules, ne quid detrimenti capiat res publica, es mögen die Worthalter der Gemeinden acht geben, daß den Freiheiten und Rechten der Bürgerchaft kein Schaden geschehe.

Unter allgemeinem befalligem Gemurmel verließ der junge Mann seinen Brednerplatz, und Desl für seine Schützung, ob er nicht auch ein Wort zur Gemeinde sprechen wollte?

„Das will ich,“ erklärte Jüllier, „weil mir's gerade auf der Zungenlippe liegt, und so begab er sich unter großer Erwartung der Verammelten auf den Standplatz des Redners. „Braunschweigliche Männer,“ begann er mit fester Stimme, „es sind mir da recht unerwartet düstere und blutige Bilder vor meinen geistigen Auge vorübergezogen worden. Man stellt es den im allgemeinen recht lieber und offen aussehenden Gesichtern dieser Braunschweiger garnicht an, daß solche tierische Grausamkeit, die man sonst nur von den blutdürstigen Horden des Herzogs Alsa in den Niederlanden zu hören gewohnt war, ihnen inne wohnen könnte, und es ist mir lieb, daß ich rechtzeitig einen Einblick in den braunschweigischen Volkscharakter gewonnen. Wo aber so etwas bei den pri-

gegen § 341 des Reichs-Str.-G.-B. verurtheilt habe. § 341 lautet: „Ein Beamter, der vorläufig, ohne hierzu berechtigt zu sein, eine Verhaftung oder vorläufige Freiheitsentziehung und Festnahme oder Zwangsstellung vornimmt oder vornehmen läßt, oder die Dauer einer Freiheitsentziehung verlängert, wird nach Vorchrift des § 239, jedoch mindestens mit Gefängnis von drei Monaten bestraft.“ Der Amtsrichter vollzieht Schritte zur Verhaftung der widerrechtlichen Verurtheilten bei der Vorführung der Polizeifangenen gehen haben. Der dadurch geschaffene Stand der Angelegenheit ist, wie wir hören, der, daß der Amtsrichter die Anstellung einer Disziplinär-Untersuchung gegen sich geordert hat, die die ganzen Verhältnisse wohl aufklären dürfte. Wie wir ferner hören, hat auch ein hiesiger Rechtsanwalt Strafantrag bei der Staatsanwaltschaft gegen das Polizeipräsidium wegen Freiheitsberaubung gestellt, weil dieses einen hier beschuldigten Klienten des Anwalts fünf Tage ohne Grund festgehalten haben soll. Wie weit diese Angaben zutreffen, das wird der Polizeibehörde durch eine Erklärung festzustellen vorbehalten bleiben. Die öffentliche Meinung hat unseres Erachtens das größte Interesse, die sich darbietende Gelegenheit zur endgültigen Klärung von polizeilichen Zuständen wahrzunehmen, die, falls sie in der That hier bestehen sollten, dem verfassungsmäßigen Recht auf persönliche Freiheit strikt zuwiderlaufen.“

Zwischenbare Rechtszustände scheinen in Neuß a. L. zu herrschen. Während nach Reichsrecht landesrechtliche Einzelheiten erst zulässig sind gegenüber rechtskräftigen Urteilen, teilt ein Greiser Rechtsanwalt einem Gläubiger in der Kontostunde Wals und Bogel mit, daß die gegen Wals nun wegen einfachen und betrügerischen Bankrotts eingeleitete Untersuchung nach Anrufung der landesherlichen Gnade gegen 2000 Mark Zahlung an die Staatskasse niedergeschlagen worden ist.“

Zehr scharf ins Gericht gehen die „Grenzboten“ mit dem Programm zur „Bekämpfung des Unfortschritts“, welches die Nationalliberalen kürzlich in Frankfurt a. M. zusammengeschrieben haben. Sie erklären sich dazu betanlich mit hochbetonten Phrasen zum Kampfe gegen die „Unfortschrittsparthei“ bereit. Die „Grenzboten“ fragen nun: „Wie meinen das die Herren? Wenn es ihnen Ernst ist mit ihrem großen sozialen Reformprogramm, dann verschunden ja die Unfortschrittsparthei von selbst und es braucht von einem Kampfe gegen sie keine Rede zu sein. . . . Meinem sie aber den Kampf mit Polizei und Strafgericht — ja dann war's wieder einmal nichts mit der Partei der vernünftigen Leute, dann haben wir die alten Nationalliberalen vor uns!“

Da die Nationalliberalen es wirklich so meinen, da ihre „Bekämpfungsmittel“ die der brutalen Gewalt sein sollen, so entsteht für die „Grenzboten“ die Frage: in welchen Volksrichtungen die Nationalliberalen damit Eroberungen zu machen gedenken? Das Blatt erklärt, die Sache gehe es ja eigentlich nichts an, aber es thue einem leid, wenn die vielen Aeltern entpinnen folgende Bemerkungen:

Die Nationalliberalen sind vornehmlich Leute und als solche sind sie Leute von gutem Gemüthe: in ihrer Kleidung, in ihren Umgangsformen, in ihrer Sprache hulbigen sie dem besten Bescheid. Wollten sie da nicht endlich einmal auf die Gesellschaft Rücksicht nehmen, in ihrem Parteinamen das Wort „liberal“ fortzuführen? Zwar weiß man längst, daß Parteinamen gewöhnlich nichts über das Geheißel bedeuten, aber das Wort liberal erinnert doch immerhin noch an Kant und Schiller, an die modernen Verfassungskämpfe und Revolutionen, und das wirkt es doch gar zu lächerlich in dem Namen einer Partei, die sich den feinsten Aristokraten und den alten Reichsrath zu Schuldbilgen erkennen könnte. Was will sie anders, als eine Weltanschauung ausrotten und einen aufstrebenden Stand unterdrücken? Sie will es nicht mit den Mitteln des Arbes, sondern nur mit denen Metternichs, aber das Unterdrückungssystem des modernen Polizeistaates unterdrückt sich von dem der römischen Imperatoren, der fatidischen Anführer und der protestantischen Fürsten des sechzehnten Jahrhunderts doch nur dadurch, daß es schwächer und dünner ist. Denn es fördert regelmäßig die Verbreitung der Ideen, die es ausrotten will, während das Mähen und Verbrennen zum Ziele führt, wenn es nur genügend genau betrieben wird, wie Spanien und die nordischen Skandinavien beweisen.

Der gute Wille, auf die Bezeichnung „liberal“ zu verzichten, ist dieser Partei schon oft gegeben worden. Ihrem unläuterem Selbstbewußtsein mit den schlimmsten ausgeprochenen

vilegierten Geselchlechtern zu tage tritt, da steckt etwas Verwundenes auch immerdar im Volke, und daß dem so ist, zeigt sich daran, daß auch das Volk den Burgemeister von Walbead auf die unheimliche Tortur gebracht hat. Glaubt es mir darum, Freunde, das Gute kommt nicht von einer Partei, die gerade Recht hat und mit ihrem Rechte zur Oberhand kommt, eine solche Partei muß nicht bloss Recht haben, sie muß auch gerechtere, edlere und humanere Ideen vertreten, welche sie gleich hält, ob noch so bössartig die Handlungen der Gegner gewesen sind. Das Volk hat schon manchmal das Fest in Händen gehabt, es ist ihm aber wieder entschlüpft, weil es mit Blut bespritzt war, nicht mit dem Blute, welches im guten und gerechten Kampfe vergossen werden muß, dieses Blut ist gut und bindet zusammen, es wird vergossen, weil es die Gegner selbst nicht anders zulassen, aber das Blut, welches nach dem Kampfe vergossen wird, das Blut besiegter, wehrloser Feinde, das bündet nur den Boden, auf welchem üppig neue Schand- und Bluthaten emporstieigen, weil der Mensch selbst dabei entartet, der solches thut und freudig zuseht, wenn es geschieht.

Ich, Freunde, bin in der Schule des Krieges großgewachsen und kein Mensch, der ängstlich auf Blutspitzen steht, aber verliert ich meine Hand sein, wenn sie je einem wehrlosen Gegner geistert hätte. Umsonst weit man zur Einschuldigung auf die Leibelthaten des Gegners hin, welche Nachse fordern sollen; ich sage Euch, wenn Ihr nicht besser seid, als Eure Gegner, nicht die Nachbeger in Euch zu töten vermöget, seid ihr keines besseren Schicksals werth, als jene, denn Ihr seid ein fruchtbares Beispiel eben, damit es besser werde auf Erden. Und wenn Ihr das vermöget, dann werdet Ihr den Gegnern fruchtbarer, als wenn Ihr sie blutig zu vernichten trachtet, weil Euch die innere Ruhe und Festigkeit befähigt, ohne störende Schatten groß und ganz auf Euren Siege zu beharren, über welchem der gute Genius der Menschheit schützend seine Flügel breitet. Eure moralische

Reaktionären würde das durchaus entsprechen. Eine Partei, deren Ideal der Polizeistaat ist, verhöht sich selbst, wenn sie sich „liberal“ nennt.

Zur Reichstagswahl in Anhalt-Bernburg stellt die freimüthige Volkspartei Herrn Oberbürgermeister Dr. Baumbach als Kandidaten auf, da der zuerst in Aussicht genommene Kandidat behindert ist.

Zwischenbare Mandate werden für die nächsten Landtagswahlen im Königreich Sachsen frei. Von den Ausschließenden gehören an: den Konserativen 14, den Nationalliberalen 3, den Freisinnigen 5 und den Sozialdemokraten ebenfalls 5. Die letzteren verteilen sich wie folgt: 4. sächsischer Wahlkreis Leipzig — Lithograph Birkau; 2. sächsischer Wahlkreis Chemnitz — Schuhmacher Seifert-Jordan; 16. sächsischer Wahlkreis Krimmitschau-Verba — Schandhirt Colbitz-Krimmitschau; 31. ländlicher Wahlkreis Amtsbezirk Lindbach mit einigen zu Chemnitz gehörigen Dörfern — Bäckermeister Otto-Ghemnitz; 36. ländlicher Wahlkreis Stollberg — Waldmeister Stolle-Meerane.

Die sächsischen Reaktionen an der Arbeit. Leipzig ist übertrumpft, dem Gemeindegewinn von Falkenstein gebührt der Ruhm des Vortritts auf dem Wege nach rechts, dort wurde nämlich der Beschluß gefaßt, an Stelle des jetzigen Stabwerdenerwahlrechts ein Klassenwahlrecht zu setzen, um die Sozialdemokratie vom Stadtwahlrecht auszuschließen.

Ein merkwürdiger Verbotsgrund einer Versammlung wird aus Glauchau berichtet. Dort wurde eine Bauhandwerkerversammlung verboten, da die Anzeiger nicht vom Einberufer selbst geschrieben worden waren, sondern von dem mit dem Einberufer befreundeten Leiter einer anderen Organisation. Daraus schließt die Behörde auf verborenes Inverbindbarwerden!!! Die Anzeiger wurde aber nur von einem anderen geschrieben, weil der Bauhandwerker nicht gut mit der Feder fort kam. Das Verbot wurde nicht schriftlich gegeben. Angehends solcher Vorkommnisse sollte man es kaum für möglich halten, daß die Sozialdemokraten nach dem gemeinen Rechte behandelt werden.

Grober Unfug und kein Ende. Die „Sächs. Arb.-Ztg.“ schreibt: Wiederum hat man sich „öffentlich geärgert.“ Die Deutsche Arbeit erhielt eine auf eine Woche Haft lautende Strafverfügung, weil er mit der Verantwortung eines Fragezettels: „Ist die Kohlenfrage des Bieres schädlich?“ in einer Versammlung in Striepen „groben Unfug“ gemacht hat. Genio wurde Genosse Schulze von der Polizei mit einer solchen Liebesgabe bedacht, weil er in einer Metallarbeiterversammlung den Carnot als Ausbilder bezeichnete. Dies war natürlich auch grober Unfug. Schulze muß selbstredend ebenfalls eine Woche bringen, weil er öffentliches Vergessen erregte. Sind das aber empfindliche Menschen!

It das ein tödlich Ding, die hier „grobe Unfug“ Paragraf!

Wegen Beleidigung des Generals v. Hänisch in Magdeburg wurde der verantwortliche Redakteur des politischen Teils der „Frei. Ztg.“ zu 500 Mark Geldstrafe verurteilt mit der Begründung, daß dem General v. Hänisch der Vorwurf eines Mißbrauchs der Kommandogewalt zum Zweck der Erlangung eines Vermögensurteils gemacht worden sei. Der Staatsanwalt hatte nur 100 Mark beantragt. Die „Frei. Ztg.“ bemerkt zu dieser Begründung: Wir bemerken zu diesem Urteil, daß in unserer Mitteilung mit keinem Worte von einem derartigen Motiv des Generals v. Hänisch die Rede gewesen, und daß im ganzen Zusammenhang unserer Mitteilung auch keine Andeutung enthalten gewesen ist, daß der General, um die Geldstrafe für die Treiber zu sparen, Soldaten als Treiber verwendet habe.

Religion und Sitte bei den Großen. Bekanntlich soll eine deutsche Prinzessin den russischen Kronfolger heiraten. Der totranke Zar will diese Ehen, so der sein Söhnchen gar keine Neigung hat, jetzt beschließen. Ein englisches Blatt weist darüber folgendes zu melden. Die Heirat des Zarowitsch soll möglichst beschleunigt werden, da die religiösen Bedenken der Prinzessin Aliz, „fast geschwunden“ seien und von einer Wiedertraue wie bei den katholischen überredeten Anglikanern abgesehen werden könne. Prinz Aliz glaube zwar an die Sakramente, sei aber von ihrer Mutter mit Straußigen Gedanken ange-

Größe und Erhabenheit wird die Gegner mächtiger niederhalten, als die blutige Unterdrückung. Und wenn Ihr Euch darin als meine Gefinnungsbrüder erklärt, schloge ich freudig in Eure Rechte ein und ich schwöre es Euch zu, ein so einfacher Kriegsmann, wie ich bin, mein Schwert soll schützend jederzeit über Euren Haupte schweben und vor Eurer Brust blitzen. Ihr wollt den Uebermut, die Hochfähr und Herrschsucht der Pfaffen, die Unterdrückung der privilegierten Geselchlechter bekämpfen, ich bin bei Euch, und wenn Ihr einen festen Bund bildet, wo Einer für Alle, und Alle wiederum für den Einen eintreten, ohne nach Rot und Gelb zu fragen, so werde ich treu und fest mit Euch zusammenstehen, und unser wird der Sieg sein.“

Lebhaft wurde empfangen den jungen Krieger, als er hochverdienten Angehends zu den Versammelten trat und ihren Händedruck erwiderte.

Jetzt ergab Meister Depl. von Rednerplatz seine Stimme und sprach unter großer Aufmerksamkeit: „Freunde, wir sind hier die Vertrauensmänner vieler gleichgesinnter Bürger, welche den einzelnen zugestimmt haben, aber noch bis jetzt des Geistes der Allgemeinheit entbehren. Aber nächsten Sonntag wollen wir alle unsere Freunde auf dem Cypriastberge ohne Aufsehen zusammenbringen und mit ihnen den Grundstein legen. Wir werden uns einzeln zu verschiedenen Thoren aus der Stadt dorthin begeben, andere Spaziergänger wird es bei diesen Zeiten draussen nicht geben, und dort wird Freund Haberland und vielleicht auch Freund Füllner zu den Versammelten sprechen, wie heute zu uns.“

„Was mich betrifft,“ erklärte Füllner, „so muß ich morgen einen Ritt unternehmen, der zum Zweck hat, unsern Freund Hoffmeister vor den herzoglichen Begeleagerten in Sicherheit zu bringen. Diesen Ausritt bin ich gewillt, dazu zu benutzen, um den so lange in einem halben Grade verbliebenen Freund Abendorp der Freiheit zuzuführen. Dazu wäre es mir lieb, wenn zwei oder drei unter Euch, welche als Reiter

steht. Ein größeres Hindernis liege in des Zarowitsch Verhältnis zu der schönen polnischen Tänzerin Rosinski, über die ein hoher Geistlicher Anklagen kirchlich bemerkt habe, daß sie dem Kaiser Romanow gefährlicher werden könne, als alle Kravoffins“. — Die Prinzessin und die hohen Entrepreneure der Heirat wissen also ganz genau, daß der Zarowitsch ein Verhältnis mit einer Tänzerin (der wiewieseln wohl?) unterhält, daß er die Prinzessin nicht liebt — und dennoch wird auf der Heirat bestanden! Aber das stimmt mit all den entwürdigenden Dingen überein, die sich die russischen Prinzen gegenüber den Deutschen bei solchen Gelegenheiten erlauben haben. Daß die Prinzessin ihre Religion — selbstverständlich aus Ueberzeugung — wechselt, daß sie den Prinzen trotz seiner Tänzerin nimmt, darin braucht ein guter Deutscher und frommer Unterthan weiter nichts zu finden. Deswegen glauben wir doch an das Gottesgnadentum, an den beschränkten Unterthanenverstand und an andere schöne Dinge. „Das ist bei uns so Sitte, chacon a son goit.“ Wie lange wirds noch dauern?

Ein in Berlin und London bekannter Spizel, Richard Hamann, ist in Budapest mit Gründung eines **anarchistischen Blattes** beschäftigt. Die erforderlichen Geldmittel scheinen, der ungarischen „Volkstimme“ zufolge, gesichert zu sein. Werden die Anarchisten vertrauensselig genug sein, das Blatt zu unterstützen?

Der Fehlbetrag des italienischen Budgets für das nächste Etatsjahr ist von Finanz- u. Schatzminister auf 60 Millionen festgesetzt worden.

Eine neue politische Aera hat in Belgien begonnen. Zum erstenmale haben 1370000 Bürger, denen mit dem Wahlrecht die Wahlpflicht verliehen wurde, am Sonntag gewählt. Ein positives Resultat der Wahl liegt noch nicht vor. Sicher ist jedoch, daß die Meritalen eine bedeutende Niederlage zu verzeichnen haben und es ist zweifelhaft, ob in der neuen Kammer die Meritalen noch die Mehrheit haben. Das charakteristische Merkmal dieser Wahlen ist aber das unverhoffte Auswachen des Sozialismus, der in der neuen Kammer 15 bis 20 Mandate zählen wird.

Die norwegischen Störungsarbeiten haben eine kleine Mehrheit für die Linke ergeben. Das definitive Resultat in Christiania ergab für die Linke 8339 und für die Rechte 7969 Stimmen. Anfolgebessert ist die Stadt Christiania am Störching von 14 Mitgliedern der Linken vertreten, während sie bisher 4 Mitglieder der Rechten in das Störching entsandt hatte. Das Störching wird wahrscheinlich aus 58 Mitgliedern der Linken und 56 der Rechten zusammengesetzt sein.

Parteinährigkeit. Die sozialistische Presse Deutschlands umfaßt 71 politische Organe, davon erscheinen 36 täglich, 18 dreimal wöchentlich, 9 zweimal wöchentlich, ferner die wissenschaftliche Wochenzeitung „Die Neue Zeit“, ein illustriertes Unterhaltungsblatt und zwei Wochenschriften. Berufsständische Blätter erscheinen 52.

Wegen „groben Unfugs“ erhielt der Redakteur des Sächsischen Volksblatt, Gen. F. H. ein Strafmandat von 25 M. Geldstrafe event. 5 Tage Haft. Die Polizei hat sich über eine Stelle in dem genannten Wochenschrift, die selbst dem Staatsanwalt polizeilich erschien, geäußert und deshalb die Strafe. Selbstverständlich hat Genosse Fuchs gegen den Strafbescheid erhoben. Der Ausgang dieses Falles ist für die genannte Presse in Bayern von großer Bedeutung.

Wegen Beleidigung wurde der frühere Redakteur des Vorwärts, Aliz, Schmitt, vom Berliner Landgericht I zu 600 Mark Geldstrafe verurteilt wegen einer Reue über Wahrungsfreiheit des 112. Quartierbezugs, die sich als nicht übereinstimmend erwiesen hatte. Zu einer gleich hohen Geldstrafe wurde der jetzige Redakteur des Vorwärts, Gen. Bösch, verurteilt wegen einer Kritik der Beurlaubung von Soldaten zu Erntezwecken.

Der diesjährige Parteitag der Schweizerischen Sozialdemokratie findet am 27. und 28. Oktober in Biel statt. Die rumänische Sozialdemokratische Parteiverammlung wird in Wien abgehalten, an der die rumänische Sozialdemokratische Parteiverammlung teilnehmen. Es handelt sich um Erledigung wichtiger Fragen für die Agitation. Am 13. November wird das bis jetzt wöchentlich erscheinende Parteiprogramm „Munco“ eingehen und an seiner Stelle wird eine tägliche Zeitung erscheinen. Die nötigen Fonds sind schon nahezu gesichert.

Zur Arbeiterbewegung. Der Streik der Formschneider in Sidsheim hat nach dreiwöchentlicher Dauer mit einem vollständigen Siege der Arbeiter endet. Der Fabrikant bewilligte die Weiterzahlung der

diener, uns bis vors Thor begleiten, von wo ich dann mit anderen Reitern die Expedition unternehme. Sind solche Männer hier anwesend? Es waren unter allen nur zwei Reiter, einer von ihnen, Meister Basse, der Brauer, der sich zugleich mit seinem Kameraden meldete. „Ihr auch, Meister Basse, wollt es unternehmen?“ fragte Füllner, indem er einen durchdringenden Blick auf den Brauer warf.

„Ich will dabei sein,“ erwiderte der Brauer, „ich will sehen, daß alles in Ordnung vor sich geht.“

„Wohlan,“ sagte Füllner, „morgen abend kommt Ihr zu Herrn Hoffmeisters Hause und reitet mit mir, meinem Diener und Herrn Abendorp, den ich annehmen machen werde und den Ihr als einen der Reiter anseht, ohne Aufenthalt fort. Wenn Ihr dann draussen seid, reitet Ihr zurück, Ihr müßt denn Luft haben, in herzogliche Gefangenenschaft zu geraten, wie es wohl mit einigen Reitern passiren kann.“

(Fortsetzung folgt.)

Theater und Musik. Die Premiere der neuesten Oper Berdis, „Dithelo“, erlebte in Paris einen bedeutenden Erfolg.

Johann Strauß, der „Walzerkönig“, feierte letzten Sonntag das fünfzigjährige Jubiläum seines ersten künstlerischen Auftretens.

Sauptmanns Weber erzielten in Hamburg bei Souperantmanns Hause einen beispiellosen Erfolg.

Paul Einbau, der hohle Kritiker, der „Dichter“ des Tiergartenfreisins und der goldenen Jugend, der Feld des Schabell-Abenturers, der Bäder des jungen Bismarck bei der Dnybe durch die Wester galanten Häuser, ist Hoftheater-Intendant in Meiningen geworden. Er tritt seine Stelle am 1. April 1895 an.

